

**Rede zur Einbringung des Haushalts 2012
im Rat der Stadt Lippstadt am 19. Dezember 2011**

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
1. Die Kommunalfinanzen in NRW: im Zeichen von Wirtschaftswachstum, Stärkungspakt und drohender Kreditklemme	1
2. Die Haushaltsplanung bis 2015: Wende zum Positiven, aber auf Dauer?	6
2.1 Ergebnisplanung	6
2.1.1 Gesamtüberblick	6
2.1.2 Einzelaspekte	10
2.2 Finanzplanung	16
2.3 Risiken und Unwägbarkeiten	21
2.4 Zusammenfassung	23
3. Schlussbemerkung	25

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren.

1. Die Kommunalfinanzen in NRW: Im Zeichen von Wirtschaftswachstum, Stärkungspakt und drohender Kreditklemme

Im Frühjahr zeichnete die Wirtschaftswoche (Nr. 12 vom 21.03.2011) unsere Bundeskanzlerin als Frau Holle, wenn auch nicht – wie im Märchen – als alte Frau mit langen Zähnen. Sie ist vielmehr dargestellt mit einem freundlichen, gönnerhaften Lächeln. Sie lässt aus einem prallgefüllten, schwarz-rot-gold geschmückten Kissen unzählige Geldscheine herabregnen auf 4 kleine Gestalten, die unschwer als die Regierungschefs von Griechenland, Portugal, Irland und Spanien zu identifizieren sind. Das Bild verkündet die Botschaft: „Die Rettung ist nah.“

Ein Bürgermeister aus Deutschland steht nicht in der Reihe der reich Beschenkten. Angesichts der immensen Summen, die von diversen europäischen Institutionen für notleidende Euroländer mit immer neuen Rettungspaketen mobilisiert werden, hätte er im Kreise der Regierungschefs auch nichts zu suchen. Denn die Mittel, die der Bund als Reaktion auf die schlimmste kommunale Finanzkrise seit Menschengedenken für seine Städte und Gemeinden locker gemacht hat, sind vergleichsweise sehr bescheiden. Nach langem Ringen und auch nur als Teil des Kompromisses bei der letzten Hartz IV-Reform hatte er sich dazu verpflichtet, die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung schrittweise und dann vollständig zu

übernehmen. So werden die kommunalen Etats ab 2014 endlich von einer staatlichen Aufgabe befreit und insgesamt um rd. 4,1 Mrd. € pro Jahr entlastet, davon entfallen gut 1 Mrd. € auf Nordrhein-Westfalen.

Diese Mittel reichen aber bei weitem nicht aus, die Finanznöte der Kommunen zwischen Rhein und Weser zu lindern, denn diese lassen sich stichwortartig wie folgt beschreiben.

- Die Kassenkredite haben inzwischen ein Volumen von 21 Mrd. € (Stand: 30.06.2011), wobei 4 kreisfreie Städte einen Bestand von jeweils mehr als 1,5 Mrd. € ausweisen.
- Die strukturelle Unterfinanzierung beträgt – gutachtlich im Detail belegt – jährlich 2,85 Mrd. €
- Im letzten Jahr konnten nur 8 Gemeinden die gesetzliche Pflicht zum echten Haushaltsausgleich erfüllen. 137 Kommunen hingegen unterlagen dem Nothaushaltsrecht, davon waren und sind 34 bereits bilanziell überschuldet oder werden dies in wenigen Jahren sein.

Im langfristigen Vergleich mit dem Rest der Republik ist für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen folgendes zu analysieren:

- Sie sind seit Jahrzehnten finanziell deutlich schlechter gestellt, obwohl sie Spitzenreiter bei den Hebesätzen sind.
- Sie sind signifikant erheblich stärker belastet von den permanent steigenden Sozialausgaben.
- Bei den Investitionen rangieren sie regelmäßig am unteren Ende der Länderskala.

Und vor allem

- Das Land erfüllt seine Verpflichtung, eine aufgabengerechte Finanzausstattung seiner Kommunen zu gewährleisten, nicht bzw. schlechter als anderswo.

Dieser Befund ist nicht neu, schon seit Jahren weisen die kommunalen Spitzenverbände gebetsmühlenartig auf diese eklatante Schieflage hin.

Meine Damen und Herren, seit Oktober letzten Jahres steht die kommunale Finanznot endlich auch in Düsseldorf ganz oben auf der Tagesordnung, sie ist zum Schwerpunkt des Handelns von Regierung und Opposition erklärt worden. In einer gemeinsamen EntschlieÙung hatte der Landtag seinerzeit mit sehr großer Mehrheit und damit quasi amtlich eine Finanzkrise der Städte und Gemeinden konstatiert und – viel wichtiger – einen dringenden Handlungsbedarf diagnostiziert, der auch eigene, also landesseitige Reaktionen erfordere, und zwar ganz handfest durch frisches, zusätzliches Geld.

Im Grundsatz war sich die Politik in Düsseldorf also einig. Im Detail aber gab es massive Unterschiede – zwischen den Parteien, zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Politik sowie zwischen den Kommunen selbst. Denn die nach Vorlage eines grundlegenden Gutachtens beginnende, intensive Diskussion rund um den sogenannten Stärkungspakt „Stadtfinanzen“ war landauf landab von heftigen Kontroversen geprägt, die insbesondere folgenden Fragen galten:

- Welches Volumen soll der Stärkungspakt haben, um seine Funktion überhaupt erfüllen zu können?
- Soll die kommunale Familie insgesamt im Sinne eines Solidaropfers einen Beitrag leisten und wenn ja, wie und in welcher Höhe?
- Wer soll Empfänger und NutznieÙer dieses Hilfspakets werden?

Und

- Welche Eigenleistungen können und müssen den unterstützten Kommunen abverlangt werden?

Ende vorletzter Woche hat der Landtag entschieden, das Hilfspaket ist also geschnürt. Es ist kein Rettungsschirm, das behauptet noch nicht einmal die Landesregierung. Ob sein gesetzlich verankertes Ziel – Zitat –, „den Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation den nachhaltigen Haushaltsausgleich zu ermöglichen“, tatsächlich erreicht werden kann, muss die Zukunft zeigen. Zweifel sind angesichts des Volumens von maximal 660 Mio. € pro Jahr und der Zahl der notleidenden Kommunen mehr als berechtigt. Auch wird die Mitfinanzierung des auf 10 Jahre angelegten Programms zu 40 % aus kommunalen Kassen – das sind immerhin insgesamt fast 2,4 Mrd. € – weiterhin für Kritik sorgen und Unruhe in die kommunale Familie tragen.

Eine solidarische Hilfe werden vor allem jene Kommunen leisten können, die wegen ihrer Lage im Raum, ihrer Finanzkraft und Steuerstärke besondere Vorteile genießen, die gerade in Zeiten des Wirtschaftswachstums die Kassen vor Ort besonders gut zu füllen vermögen. Am anderen Ende der Skala rangieren die strukturschwachen Städte, denen auch wirtschaftlich gute Zeiten nicht aus der Klemme helfen können, weil sich in ihren Mauern die Problemlagen tiefgreifend und vielschichtig überlagern. Sie laufen inzwischen sogar Gefahr, bei den Banken vor verschlossenen Türen zu stehen – ein vor wenigen Jahren noch völlig undenkbares Szenario. „Keine Kredite für Kommunen“, so lautete Anfang Oktober die Schlagzeile in vielen Gazetten unseres Landes (z. B. der Patriot vom 08.10.2011). Und in der Tat, der erste Kommunalfinanzierer, die WL-Bank aus Münster, hat den Städten mit einem Nothaushalt den Geldhahn zugekehrt. Eine Entscheidung, die auch in Düsseldorf als Alarmsignal verstanden wurde.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die kommunale Landschaft in Nordrhein-Westfalen ist auch in haushaltswirtschaftlicher Hinsicht kunterbunt. Von welcher Farbe das neue Haushaltsbuch unserer Stadt geprägt sein wird, werde ich Ihnen nun darstellen.

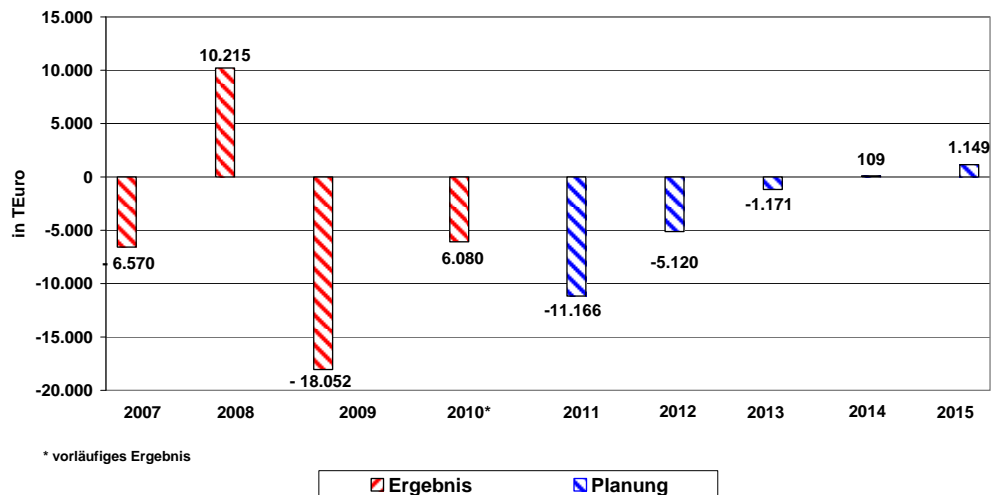
2. Die Haushaltsplanung bis 2015: Wende zum Positiven, aber auf Dauer?

2.1 Ergebnisplanung

2.1.1 Gesamtüberblick

Zuerst der Blick auf die Resultate im Ergebnisplan.

Entwicklung der Jahresergebnisse im Ergebnisplan



In diesem und im letzten Jahr dominierten dunkelrote Zahlen unseren Etat, zumindest in der Planung. Nach dem tiefen Einbruch des Jahres 2009 mit einem Rekordverlust von 18,1 Mio. € konnten ähnliche Ergebnisse in der Folgezeit Gott sei Dank vermieden werden. Zum einen wurde mit dem freiwilligen Haushaltssicherungsprogramm rechtzeitig, nachhaltig und sehr wirksam gegengesteuert. Zum anderen und vor allem stieg unser Steueraufkommen aufgrund des unerwartet

dynamischen Wirtschaftswachstums rasch und sehr stark wieder an. Die Folge: in 2010 konnte das Defizit von geplant 17,9 auf (vorläufig) 6,1 Mio. € reduziert werden.

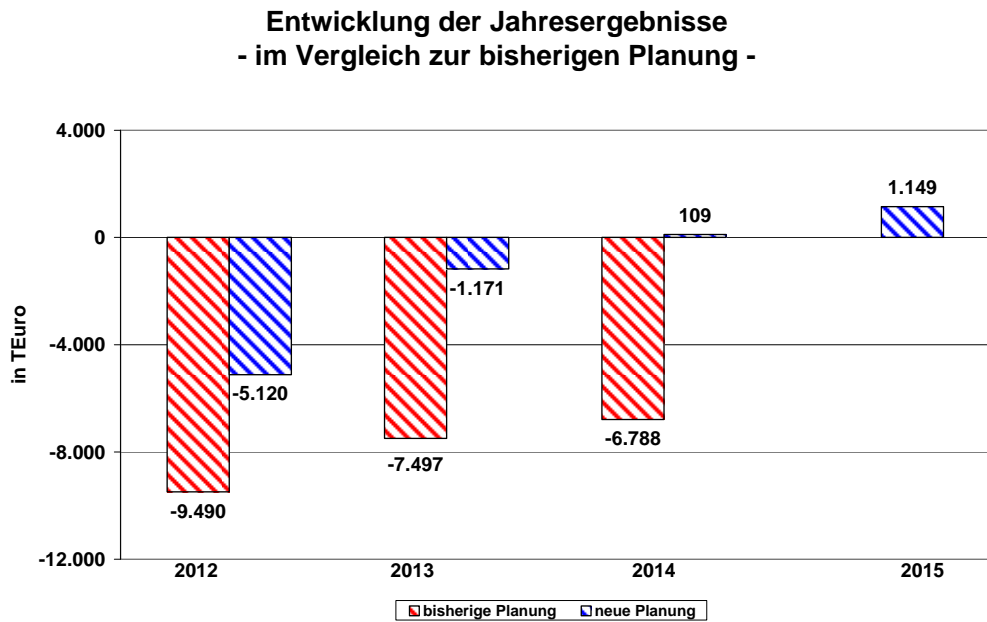
Auch in diesem Jahr war ein deutlicher Verlust vorgesehen, und zwar von 11,2 Mio. €. Trotz nicht unerheblicher Mehrbelastungen – ich erinnere z. B. an den Zusatzbedarf bei der Kreisumlage von knapp 1 Mio. € - ist aus heutiger Sicht und vor „Einpreisung“ der Effekte von Abschlussbuchungen davon auszugehen, dass die Rechnung am Ende eine schwarze Null ausweisen wird. Dies wäre ein tolles Ergebnis, wenn im Jahr 2 nach dem tiefen Fall die Stadt Lippstadt in die wahrscheinlich immer noch gering besetzte Eliteklasse der Städte mit einem echt ausgeglichenen Haushalt aufsteigen könnte.

Die Konsequenz wäre: der ursprünglich geplante rigorose Griff in die Ausgleichsrücklage kann unterbleiben, ein weiterer Verzehr von Eigenkapital findet bei uns - im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen – nicht statt. Im Gegenteil, die Ausgleichsrücklage von ursprünglich 25,3 Mio. €, die zu Jahresanfang auf nur noch 1,2 Mio. € geschrumpft war, kann eventuell sogar ein wenig aufgefüllt werden. Das Prädikat der Gemeindeprüfungsanstalt, die uns als Ergebnis ihrer finanzwirtschaftlichen Analyse 4 von 5 Sternen verliehen hatte, würde auch so eindrucksvoll bestätigt werden.

Meine Damen und Herren, soweit mein Blick zurück – wahrlich nicht im Zorn, sondern mit Erleichterung, weil auf dieser Basis ein neuer Etat mit der mittelfristigen Planung bis 2015 natürlich einfacher zu gestalten ist.

Und dieser sieht – wie Sie sehen – in der Gewinn- und Verlustrechnung folgende Ergebnisse vor: ./ 5,1 Mio. € in 2012, ./ 1,2 Mio. € in 2013 sowie Überschüsse von 0,1 und 1,1 Mio. € in den beiden letzten Jahren. Damit dokumentiert diesmal auch die Planung, dass die Talfahrt ein Ende hat und ausgeglichene Haushalte für unsere Stadt keine Utopie sein müssen.

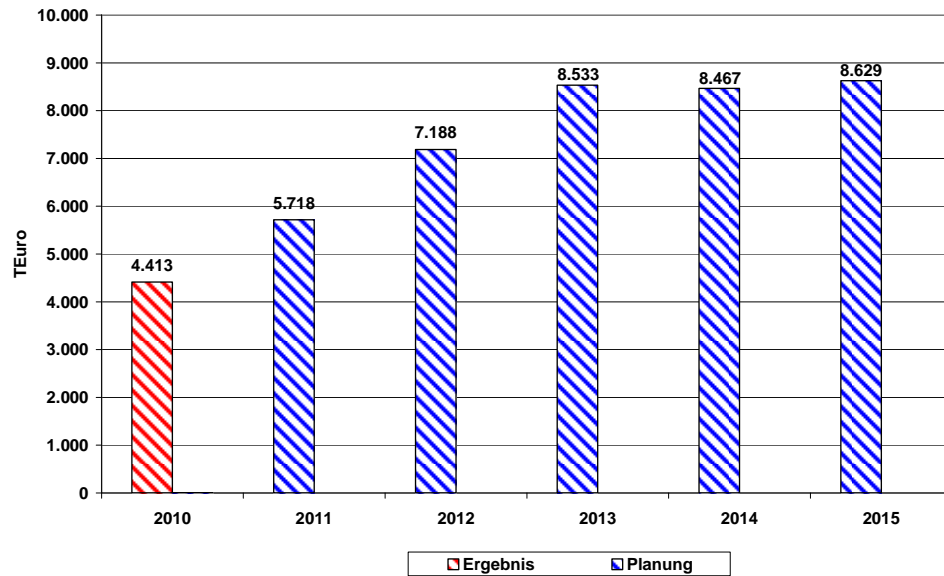
Die positive Veränderung zur bislang gültigen Vorausschau zeigt die folgende Graphik:



Für die nächsten 3 Jahre konnten die bisher geplanten Ergebnisse – ablesbar an den roten Balken -, die bereits einen positiven Trend signalisierten, um insgesamt 17,6 Mio. € verbessert werden.

Geprägt werden diese Resultate natürlich weiterhin von den Effekten aus dem freiwilligen Haushaltssicherungsprogramm, das mit all seinen Maßnahmen auch in der neuen Planung verankert ist.

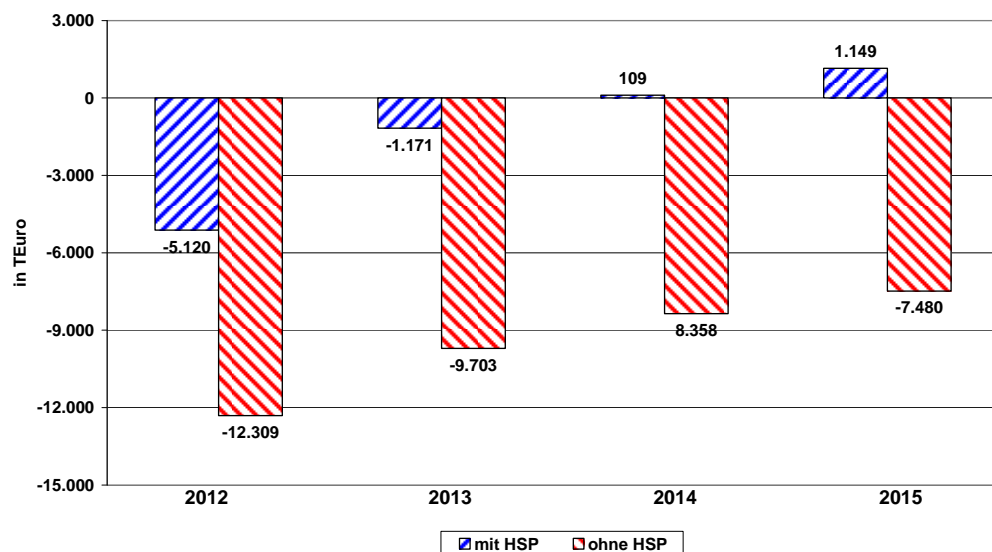
Volumen der HSP-Effekte im Ergebnisplan



Sie sehen, mit zunehmender Wirksamkeit wächst sein Volumen auf rd. 8,5 Mio. € jährlich an.

Gäbe es diese Effekte von insgesamt 32,8 Mio. € nicht, bliebe der echte Haushaltsausgleich in der Tat eine Utopie. Dies zeigt die nächste Graphik:

Entwicklung der Jahresergebnisse mit/ohne HSP



Die Ergebnisse verschöben sich dann deutlich ins Negative, zu erkennen an den roten im Vergleich zu den blauen Balken, ohne allerdings die Haushaltssicherung auszulösen. Denn die allgemeine Rücklage müsste zwar kräftig in Anspruch genommen werden, die ominöse 5%-Grenze aber wäre in jedem Jahr kein Problem, da deren Überschreiten – und das zweimal hintereinander – nach jetziger Perspektive auszuschließen wäre.

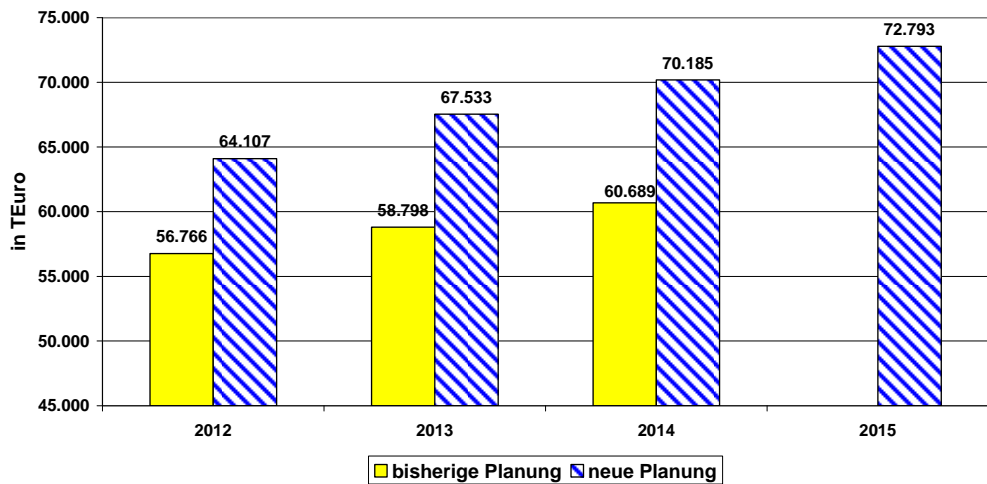
Daraus folgt zweierlei: Zum einen ist und bleibt das HSP ein unverzichtbarer Bestandteil auch des neuen Etats, zum anderen besteht ein gewisser – ich sage: minimaler – Spielraum, seinen Inhalt aufzuweichen. Insofern bin ich gespannt auf die Diskussionen in den nächsten Wochen, die in der letzten Sitzung mit Ihrer Entscheidung zum Gymnasium Schloss Overhagen ja schon begonnen hat.

2.1.2 Einzelaspekte

Meine Damen und Herren, nach diesem Gesamtüberblick möchte ich Ihnen nun einzelne Positionen genauer darstellen. Dabei beschränke ich mich wie gewohnt auf die wesentlichen und damit jene Kategorien, die noch am ehesten über Wohl und Wehe unseres Etats entscheiden, zumal sie überwiegend fremdbestimmt sind.

Ich beginne mit den Steuereinnahmen (brutto). Sie sind – wie diese Graphik belegt –

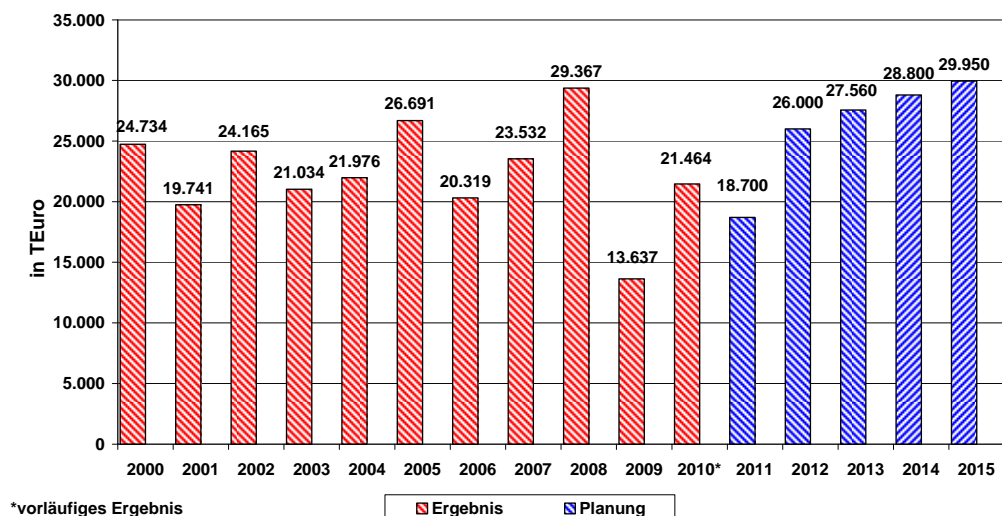
Entwicklung der Steuereinnahmen insgesamt (brutto) im Vergleich zur bisherigen Planung



im nächsten Jahr mit 64,1 Mio. € kalkuliert. Das sind 7,3 Mio. € mehr im Vergleich zu den bisherigen Annahmen. Dieses Plus ist somit am ehesten maßgeblich für unsere verbesserte Etatlage. Das gilt auch für die Folgejahre, die einen Anstieg auf bis zu 72,8 Mio. € in 2015 unterstellen.

Quelle dieses Wachstums ist die Gewerbesteuer.

Entwicklung der Gewerbesteuer (brutto)



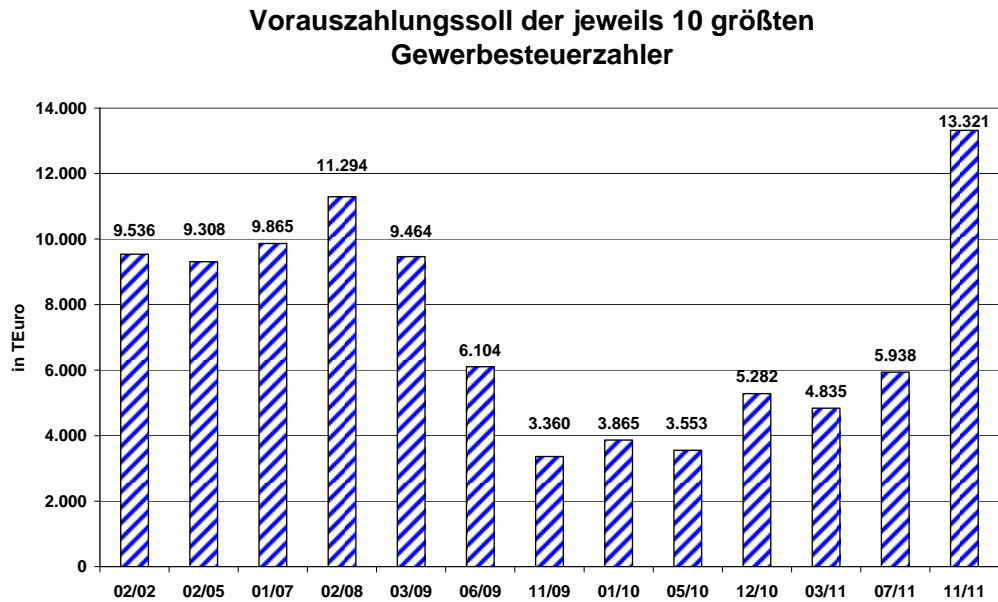
Ihr Auf und Ab in den letzten Jahren und ganz aktuell ist fast schon atemberaubend – zumindest für unsere Verhältnisse. Dem Rekord von 29,4 Mio. € in 2008 folgte nur ein Jahr später der tiefe Absturz um mehr als die Hälfte auf nur noch 13,6 Mio. €. Ganz gegen die Prognosen wuchs das Aufkommen aber schon im Folgejahr wieder kräftig an, um fast 8 Mio. € auf 21,5 Mio. €. Und dieses Plus wird in diesem Jahr noch getoppt. Statt des geplanten Volumens von 18,7 Mio. € ist nach heutigem Stand mit einem Ergebnis von sage und schreibe 31,7 Mio. € zu rechnen. Das sind 13,0 Mio. € mehr als kalkuliert. Damit wird das bisherige Rekordniveau nicht nur erreicht, sondern sogar noch übertroffen.

Nur 2 Jahre hat es also gedauert, den heftigen Einbruch zu überwinden. Selbst der größte Optimist hätte dies nicht erwarten können, ein von berufswegen ohnehin skeptischer bzw. vorsichtiger Kämmerer schon gar nicht.

Dieses Wachstum steht auf einer breiten Basis, es wird nicht von wenigen Firmen allein getragen. Dies lässt mich hoffen, dass die neue Grundlage stabil ist und bleibt. Deshalb sind auch die kommenden Jahre optimistisch kalkuliert – von 26 Mio. € in 2012 bis auf fast 30 Mio. € in 2015.

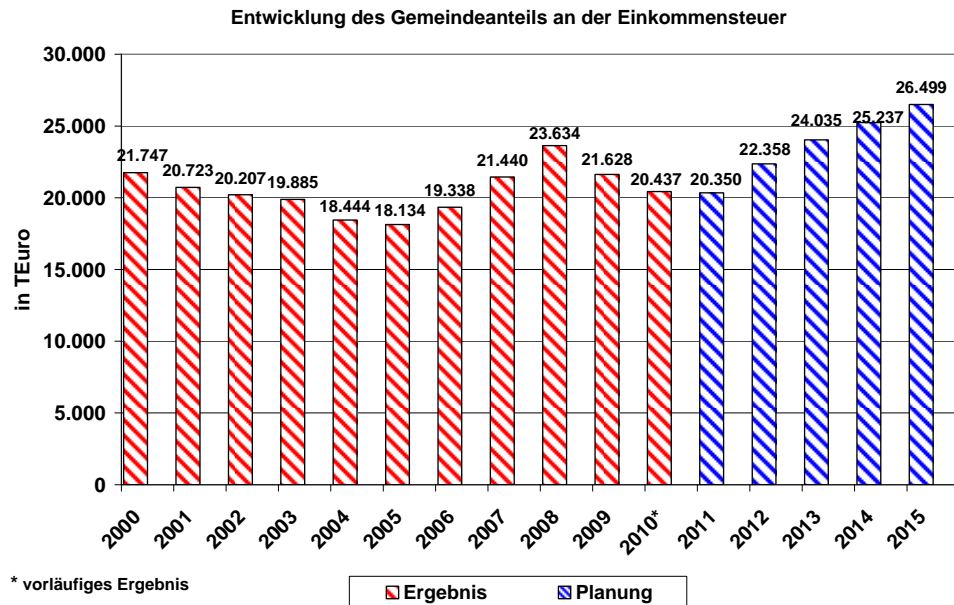
Angesichts des aktuellen Aufkommens mag diese Perspektive eher verhalten denn optimistisch erscheinen. Dem ist aber nicht so, denn der starke Zuwachs in diesem Jahr ist zwei Ursachen geschuldet: Zum einen mussten die Unternehmen für frühere Jahre erhebliche Nachzahlungen leisten – und die fallen eben nur einmal an, wenn die Vorauszahlungen in den Krisenjahren drastisch reduziert wurden. Zum anderen wurden wegen der neuen Erkenntnisse die Vorauszahlungen für dieses Jahr vom Finanzamt zum Teil deutlich nach oben angepasst. Und dieses Niveau ist die wesentliche Kalkulationsgrundlage für die nächsten Jahre, und zwar auch in der Annahme, dass die Konjunktur keinen wesentlichen Dämpfer erhält und damit die heimische Wirtschaft weiterhin auf Erfolgskurs bleibt.

Meine Damen und Herren, die Volatilität der Gewerbesteuer wird auch an diesem Schaubild deutlich.



Es zeigt das Vorauszahlungssoll der jeweils 10 größten Steuerzahler im Zeitablauf. Erkennbar auch hier der rasante Einbruch im Verlauf des Jahres 2009 und der steile Anstieg in diesem Jahr, vor allem in dessen zweiter Hälfte.

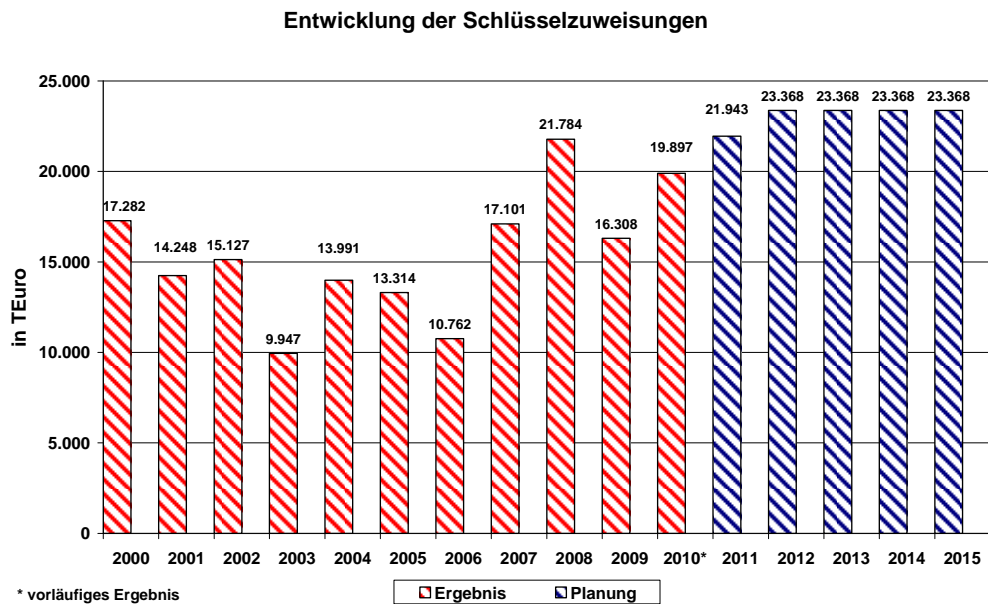
Weniger schwankungsanfällig zeigt sich das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.



Sie können erkennen, dass sich auch bei unserer zweitwichtigsten Steuerart der allgemeine Konjunkturverlauf widerspiegelt, die Ausschläge nach oben und unten jedoch geringer ausgeprägt sind als bei der Gewerbesteuer. Die gute Wirtschaftslage und das sehr erfreuliche Wachstum der Beschäftigtenzahl auf ein neues Allzeithoch von deutlich über 30.000 (letzter verfügbarer Stand am 31.03.2011: 30.680) hier in Lippstadt lässt diese Steuerquelle stärker sprudeln als gedacht. Das geplante Aufkommen von 20,4 Mio. € wird in diesem Jahr um 1,5 Mio. € übertroffen. Von dieser Basis aus wurden die weiteren Jahre entsprechend den Orientierungsdaten des Landes kalkuliert – bis auf 26,5 Mio. € im Jahre 2015. Dieser Trend unterstellt ein weiteres, moderates Wirtschaftswachstum und ein konstantes Steuerrecht. Eine z. Zt. in Berlin diskutierte Steuerreform ist somit nicht eingepreist.

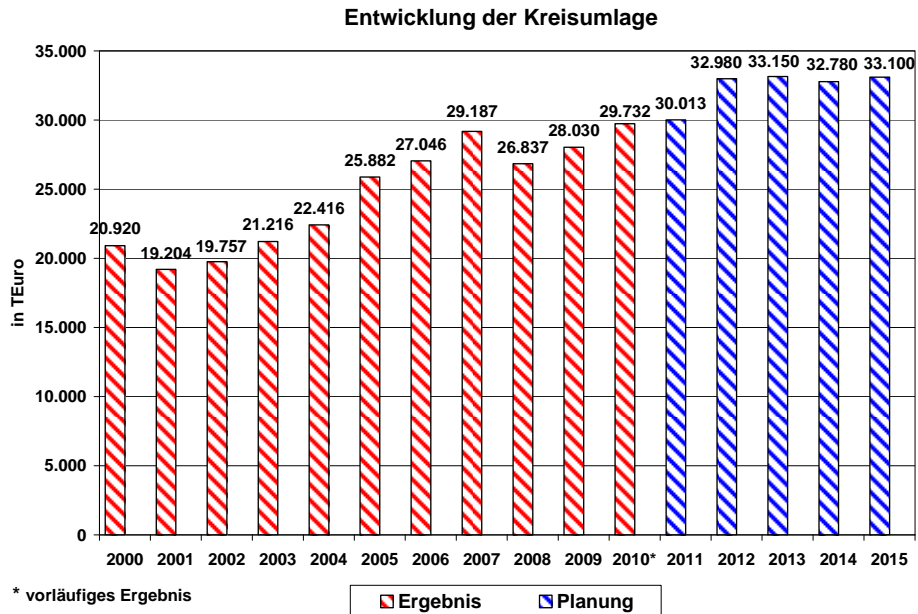
Meine Damen und Herren, unsere Schlüsselzuweisungen sind ebenfalls vom Steueraufkommen abhängig. Zum einen bestimmt das landesweite Volumen die Größe des Topfes, aus dem der kommunale Finanzausgleich gespeist wird. Zum anderen definiert die eigene Steuerkraft in Relation zu allen anderen Kommunen unseren Anspruch bei den Schlüsselzuweisungen. Das Gemeindefinanzierungsgesetz für das kommende Jahr wird zwar erst in dieser Woche im Landtag

eingbracht, dennoch sind seine Strukturen bereits weitgehend bekannt.



Wir können für das nächste Jahr Schlüsselzuweisungen von 23,4 Mio. € erwarten. Das ist ein Plus von 1,4 Mio. €. Es resultiert aus einem Zuwachs der Schlüsselmasse um 330 Mio. € und daraus, dass unsere Steuerkraft mit + 9,1 % im Vergleich zum Landesdurchschnitt (= + 9,6 %) nur unterproportional gestiegen ist. Dieses Niveau habe ich für die mittelfristige Planung konstant fortgeschrieben – eine eher optimistische Annahme.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, die Schlüsselzuweisungen dürfen wir jedes Jahr zu einem großen Anteil im Kreishaus zu Soest abliefern. Denn sie bilden zusammen mit der Steuerkraft die Bemessungsgrundlage für die Kreisumlage. Und die wird nach dem Beschluss des Kreistages vom vergangenen Donnerstag insgesamt um 14,3 auf 147,9 Mio. € oder über 10 % steigen. Davon haben wir 23,5 % zu tragen, das sind 34,8 Mio. €. Wie die nächste Graphik zeigt,



habe ich aber nur knapp 33 Mio. € im Etat veranschlagt und ähnliche Werte für die Folgejahre. Dieser Betrag spiegelte Anfang November die Mitte dessen wieder, was einerseits die Kreisverwaltung verlangte, nämlich 149,8 Mio. €, und andererseits die Städte und Gemeinden für angemessen hielten, nämlich 135,1 Mio. €. Nach dem Willen des Kreistags fehlen somit nun gut 1,8 Mio. €.

Die zentrale Forderung an den Kreis lautete damals wie heute, seine eigene Planung an die bittere Realität auf der gemeindlichen Ebene anzupassen. Denn keine der Städte und Gemeinden kann aktuell einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen, fast alle haben ihre Ausgleichsrücklage bereits verbraucht und müssen auf die allgemeine Rücklage zugreifen, von den Nachbarn im Nothaushalt ganz zu schweigen, und erst recht von jenen beiden – Werl und Welper -, die sogar durch den Stärkungspakt eine Nothilfe erhalten werden. In einer solchen Situation kann der Kreis auf Kosten seiner Kommunen nicht den Vollaussgleich verlangen und seine eigenen Rücklagen schonen, dies widerspräche eklatant dem Gebot einer gleichmäßigen Finanzentwicklung, zumindest nach unserer Interpretation. Daher begrüßen wir alle Bestrebungen, die Haushalte der Kreise einer generellen Genehmigungspflicht zu unterwerfen. So könnte die Bezirksregierung in Arnsberg als Kommunalaufsicht des Kreises Soest

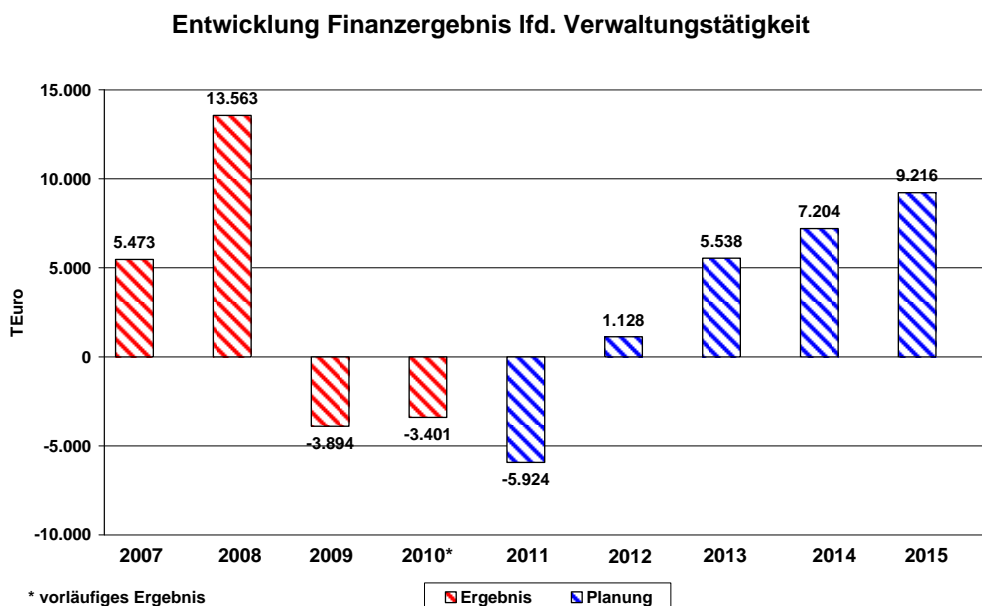
die Angemessenheit der Kreisumlage im Vergleich zur Leistungsfähigkeit der Zahlungspflichtigen stärker kontrollieren und – wenn notwendig – sogar Korrekturen verordnen.

Meine Damen und Herren, damit möchte ich meinen Überblick über den Ergebnisplan abschließen. Hinweise zu weiteren wichtigen Positionen – etwa zu den Personalaufwendungen von 34,8 Mio. €, die um knapp 2 % steigen, oder zum Budget für soziale und Jugendhilfeleistungen mit einem Zuschussbedarf von 19,3 Mio. € - das sind + 2,7 % - entnehmen Sie bitte den umfangreichen Erläuterungen zum Haushaltsplan.

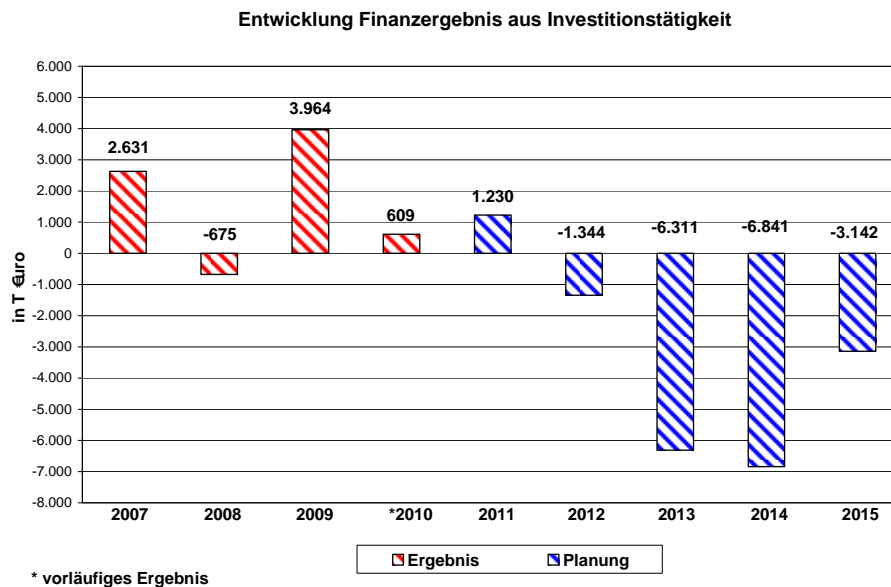
Ich möchte jetzt die finanzwirtschaftliche Seite des neuen Zahlenwerks beleuchten, also die Frage beantworten, welche Konsequenzen sich aus allem letztlich für die Liquidität und damit für den Kassenbestand ergeben.

2.2 Finanzplanung

Das sogenannte laufende Geschäft, das in dieser Graphik abgebildet ist,



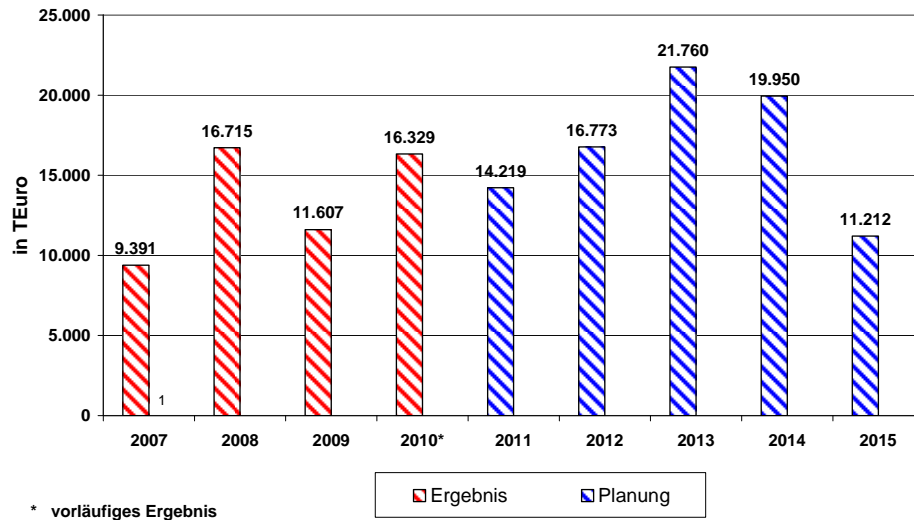
weist für die kommenden Jahre jeweils und in zunehmendem Maße Liquiditätsüberschüsse aus – bis zu 9,2 Mio. € in 2015. Sie resultieren im Wesentlichen aus dem Zusammenspiel von deutlich steigenden Steuern und Schlüsselzuweisungen bei nur moderat wachsenden Ausgaben. Diese Überschüsse werden auch dringend benötigt, um ein ambitioniertes Investitionsprogramm finanzieren zu können, das – wie das nächste Schaubild zeigt –



einen erheblichen Mittelbedarf einfordert, und zwar schwerpunktmäßig in den Jahren 2013 und 2014. Die Deckungslücke für die kommenden 4 Jahre beträgt per Saldo, also nach Abzug projektbezogener Einnahmen wie z. B. Beiträge und Investitionszuweisungen, insgesamt 17,6 Mio. €.

Das geplante Investitionsvolumen ist an dieser Graphik abzulesen.

Entwicklung der Investitionen (Auszahlungen aus Investitionstätigkeit)



Sie sehen, das Gesamtprogramm hat in den kommenden Jahren ein vergleichsweise hohes Volumen, in der Summe sind es fast 70 Mio. €. Dabei bilden die Baumaßnahmen mit einem Anteil von insgesamt 73 % ganz eindeutig den Schwerpunkt.

Folgende Maßnahmen des nächsten Jahres sind besonders zu erwähnen:

- die Beseitigung des Bahnüberganges am Südertor mit 5,3 Mio. € (incl. Beteiligung an den Kosten der Bahn; Eigenanteil = 1,1 Mio. €; Folgejahre: 3,4 Mio. € bei einem Eigenanteil von 1,3 Mio. €)
- aus dem übrigen Straßenbau mit einem Volumen von 3,6 Mio. € der Ausbau der Erwitter Str. mit 1,6 Mio. € (Folgejahr: 1,0 Mio. €)
- diverse Schulbauprojekte mit insgesamt 1,2 Mio. €
- die Anschaffung von Fahrzeugen jeglicher Art für 0,9 Mio. €
- die Zuschüsse an Träger von Kindertageseinrichtungen mit 2,3 Mio. €, vor allem für die Schaffung von U3-Betreuungsplätzen (= 1,6 Mio. €)

sowie

- der Erwerb von Grundstücken für 0,7 Mio. €

Für die weiteren Jahre sind folgende neue Projekte hervorzuheben:

- im Straßenbau vor allem die Beckumer Str. mit fast 2,6 Mio. € und die Umwandlung der Brachflächen am Güterbahnhof incl. Bau der verlängerten Bahnhofstr. für 2,8 Mio. €
- das Auenzentrum mit 5,8 Mio. € (Eigenanteil: 1,2 Mio. €)
- die Komplettsanierung der Grundschule Dedinghausen mit fast 1 Mio. € (Anteil 2012: 300 T€)
- die Mensa an der Drost–Rose-Schule mit 2,0 Mio. €
- die Innensanierung des Westflügels am Ostendorf-Gymnasium für fast 1,0 Mio. €
- die neue Gesamtschule mit 9,4 Mio. €
- der Neubau einer Sporthalle an der Niels-Stensen-Schule für 1,2 Mio. €
- weitere Schulbaumaßnahmen zu insgesamt 2,2 Mio. €

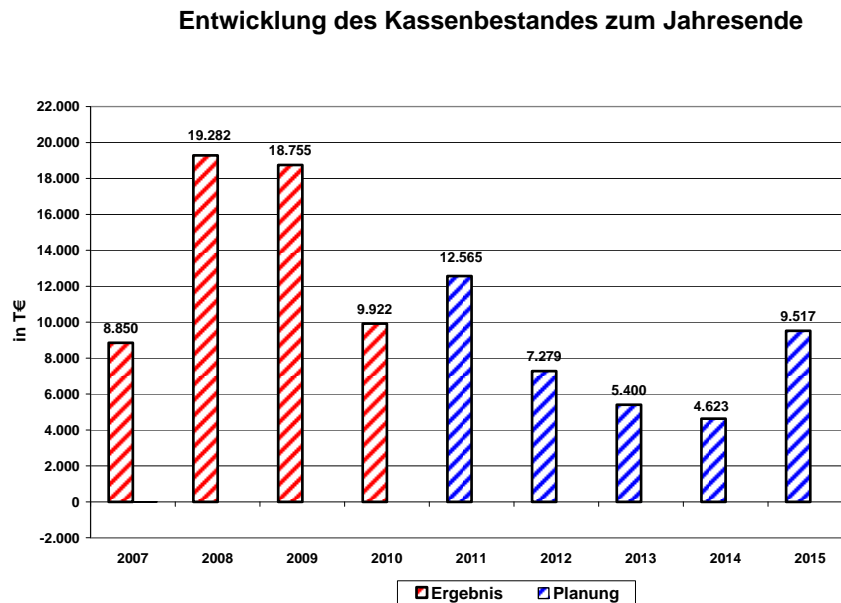
und

- erneut 2,3 Mio. € als Zuschüsse für die Kindergärten freier Träger

Meine Damen und Herren, die Palette an neuen Investitionen ist also bunt und reichhaltig.

Es bleibt nur noch die Frage offen, ob zur Finanzierung dieses Programms neue Schulden aufgenommen werden müssen.

Der Blick auf die Entwicklung des Kassenbestandes gibt die Antwort:

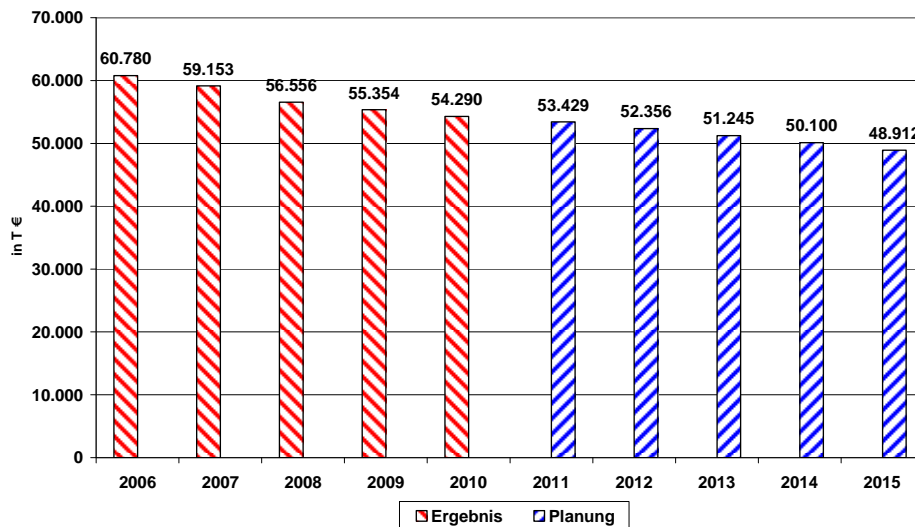


Nach unseren Prognosen zu Anfang November wird die Kasse zum Jahreswechsel einen Bestand von fast 12,6 Mio. € aufweisen. Unter Einrechnung aller zahlungswirksamen Effekte, also auch der Tilgungen und einer Reserve von 4 Mio. € für in diesem Jahr noch nicht abgeflossene, aber weiterhin benötigte Mittel aus begonnenen Maßnahmen, baut sich dieser Bestand zwar kontinuierlich ab, er bleibt aber im Plus, und zwar deutlich. Das heißt in der Konsequenz:

1. Die Aufnahme von Kassenkrediten, die vielerorts längst zum routinierten Alltagsgeschäft gehört, ist und bleibt für Lippstadt kein Thema.
2. Kredite zur Investitionsfinanzierung werden ebenfalls nicht notwendig sein, im Gegenteil, es ist sogar ein regelmäßiger Schuldenabbau möglich.

Dies dokumentiert das folgende Schaubild:

**Entwicklung des Schuldenstandes (ohne AöR)
zum Jahresende**



Die letzte Netto-Kreditaufnahme geschah im Jahre 2006, seitdem konnten die Schulden Jahr für Jahr reduziert werden. Geht die Planung auf, dann wären Ende 2015 fast 12 Mio. € oder 20 % des damaligen Schuldenstandes getilgt.

2.3 Risiken und Unwägbarkeiten

Meine Damen und Herren, es wäre eigentlich zu schön um wahr zu sein, wenn sich diese Prognose erfüllen würde.

Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass der neue Etat von einer verhalten- optimistischen Grundeinstellung geprägt ist. Daher muss ich nachfolgend auf einige Risiken und Unwägbarkeiten hinweisen, die dieses schön gezimmerte Finanzgebäude wenn schon nicht zum Einsturz, so doch ein wenig ins Wanken bringen könnte – das ist nun mal die Aufgabe eines Kämmerers.

1. Basis wichtiger Etatpositionen – insbesondere bei den Steuern und für den kommunalen Finanzausgleich – ist die von Bund und Land vorgegebene gesamtwirtschaftliche Perspektive. Und diese ist von stetem Wachstum geprägt. Heute eher als gestern mehrten sich

jedoch die Anzeichen dafür, dass im Zuge der aktuellen Staatsschuldenkrise die Konjunktur nicht nur weltweit, sondern auch in Deutschland Schaden nehmen wird – mit allen negativen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt, das Steueraufkommen und damit auch für die kommunalen Etats.

Für Lippstadt könnte noch ein Sondereffekt hinzukommen: Im letzten Monat veröffentlichte der Autoexperte Prof. Ferdinand Dudenhöffer ein Gutachten seines renommierten Instituts zur Zukunft des Automarktes. Seine Prognosen lauten – ich zitiere –: „West-Europa wird im Jahr 2012 zur Problemregion der Autoindustrie“ und „das Jahr 2012 wird das schlechteste Verkaufsjahr für PKW in West-Europa seit 18 Jahren“ (z. B. in: der Patriot vom 21.11.2011). Für den Produktionsstandort Lippstadt sind dies wahrlich keine guten Aussichten.

2. Zu den Unsicherheitsfaktoren zählt traditionell die Kreisumlage. Die Ansätze könnten auch für die späteren Jahre der Finanzplanung zu gering kalkuliert sein. Entscheidend wird sein, wie der Kreis zukünftig hoffentlich unter Obacht der Kommunalaufsicht seine Haushaltspolitik gestaltet und mit welchen Zusatzbelastungen er selbst demnächst konfrontiert wird. Ich denke da vor allem an die von ihm zu zahlende Umlage an den Landschaftsverband, die ebenfalls immer nur auf Zuwachs ausgerichtet ist. Und dieser wird durch die Sozialausgaben bestimmt, im Wesentlichen bei der Eingliederungshilfe, einer im Kern staatlichen Aufgabe.
3. Die Sozialleistungen sind auch für unseren Etat zu einem dominanten Faktor geworden mit permanent steigenden Ansprüchen, die in der mittelfristigen Finanzplanung allerdings sehr moderat kalkuliert sind. Ob diese geringen Zuwächse ausreichen werden, wird von Jahr zu Jahr erneut genau zu prüfen sein. Es spricht einiges dafür, dass etatbelastend nachjustiert werden muss,

ich nenne nur die Stichworte Kindertagesbetreuung und Heimerziehung.

4. Die Schätzung der Schlüsselzuweisungen über das nächste Jahr hinaus ist immer ein Vabanquespiel, da eine Vielzahl von unbeeinflussbaren, extern bestimmten Parametern zu berücksichtigen ist. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass das ab 2013 veranschlagte Niveau zu hoch angesetzt ist – gerade auch wegen unseres aktuellen Booms bei der Gewerbesteuer.

Die kommunalen Spitzenverbände sehen in der Ferne ein weiteres Risiko: Auch in Düsseldorf muss ab dem Jahr 2020 die Schuldenbremse wirken, dann gilt für den Landesetat ein grundsätzliches Neuverschuldungsverbot. Schon jetzt werden die Konsequenzen für die Kommunalfinanzen diskutiert. „Keine Vollbremsung auf Kosten der Kommunen!“ fordert etwa der Städtetag (in: Gemeindefinanzbericht 2011 des Städtetages Nordrhein-Westfalen vom 28.10.2011, Seite 38) und beschreibt so die Sorge, dass zugunsten der Schuldenbremse der kommunale Finanzausgleich leiden könnte. Dieses Risiko wird bekräftigt durch ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs aus dem Sommer, in dem die obersten Richter des Landes feststellten, dass das Land nicht verpflichtet sei, eine absolute Untergrenze der kommunalen Finanzausstattung zu garantieren. Mit anderen Worten: Für die Dotation des kommunalen Finanzausgleichs ist allein die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes maßgeblich, nicht der Bedarf der Städte und Gemeinden.

2.4 Zusammenfassung

Meine Damen und Herren, wegen des rechnerisch möglichen Etatausgleichs in den letzten Jahren der Finanzplanung bereits heute “Entwarnung“ in unserer Haushaltswirtschaft zu signalisieren, wäre also

verfrüht. Wir müssen von Jahr zu Jahr sehen, dass wir buchstäblich über die Runden kommen, größere Überraschungen – positiver wie negativer Art – sind nie auszuschließen, auch dies ist eine wichtige Erfahrung der letzten 3 Jahre.

Daher jetzt komprimiert noch einmal die wesentlichen Aussagen und Leitlinien zum neuen Haushaltsplan 2012.

1. Seine Grundlagen haben sich deutlich verbessert: Das zunächst geplante, hohe Defizit des Jahres 2010 konnte auf 6,1 Mio. € begrenzt werden, für dieses Jahr ist sogar ein echter Haushaltsausgleich sehr wahrscheinlich. Die Folge: die Inanspruchnahme des Eigenkapitals könnte so um 23,0 Mio. € verringert werden.
2. Dafür waren und sind in erster Linie kräftige Zuwächse bei der Gewerbesteuer verantwortlich. Das aktuelle Niveau von über 31 Mio. € wird jedoch aus heutiger Sicht nicht zu halten sein, sodass der Entwurf des Etats 2012 im Ergebnisplan mit einem Verlust abschließt, und zwar bei 5,1 Mio. € in einer relativ moderaten Höhe.
3. Dieser Verlust spiegelt aber nur einen Zwischenstand wider. Seit letzten Donnerstag sind nämlich 2 neue, gegenläufige Effekte von Rang bekannt: Dem bislang nicht veranschlagten Mehrbedarf bei der Kreisumlage von gut 1,8 Mio. € steht ein unerwartetes, bislang nicht kalkuliertes Plus bei den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer von 1,4 Mio. € gegenüber.
4. In welcher Höhe das Defizit am Ende auch festgestellt wird, es kann und muss durch den Restbestand der Ausgleichsrücklage und im Übrigen durch die allgemeine Rücklage fiktiv ausgeglichen werden.
5. Die Ansätze sind in wichtigen Positionen vorsichtig-optimistisch kalkuliert worden. Dass dennoch unter'm Strich keine rote oder gar

schwarze Null geschrieben werden kann, beweist, dass das freiwillige Haushaltssicherungsprogramm unverzichtbar ist und bleibt.

6. Die deutlich besseren Abschlüsse in den nachfolgenden Jahren sollten angesichts der Risiken und Unwägbarkeiten nicht überbewertet werden.
7. Trotz eines deutlich erhöhten Investitionsvolumens mit vielen stadtstrukturell wichtigen Projekten ist zu dessen Finanzierung keine Kreditaufnahme notwendig. Im Gegenteil, es scheint Jahr für Jahr eine leichte Entschuldung möglich zu sein, sodass auch die Aufnahme von Kassenkrediten kein Thema sein wird.

3. Schlussbemerkung

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Banken werden bei uns keine Darlehen unterbringen können. Zumindest offiziell werden Kommunen von den Kreditgebern nicht oder noch nicht einem Ratingverfahren unterworfen. Gleichwohl, wichtige Kommunalfinanzierer geben offen zu, die Kreditvergabe bzw. die Konditionen für neue Darlehen inzwischen auch von haushaltswirtschaftlichen Daten ihrer potentiellen Kunden abhängig zu machen, sodass sich manche Stadt inzwischen um ihre Liquidität stärker Sorgen machen muss als noch wenige Jahren zuvor.

Ein Kollege aus einer Nothaushaltskommune brachte es vor kurzem auf den Punkt, als er feststellte: „Der Kämmerer muss jetzt griechisch lernen, weil er mit seinen Latein am Ende ist.“ (Christof Tesche, 1. Beigeordneter der Stadt Recklinghausen, am 30.09.2010 beim Kämmerertag in Berlin). Gemessen daran gilt für uns – Rat und Verwaltung -: wir sind mit unserem Latein noch längst nicht am Ende, die griechische Fremdsprache steht noch nicht auf unserem Stundenplan und das Rating unserer Stadt ist noch weit entfernt vom Ramschniveau

bestimmter europäischer Staaten, im Gegenteil, wir bewegen uns auf das Triple A zu.

Meine Damen und Herren, alles in allem also gute Aussichten – und damit zeitgemäß eine frohe Botschaft so kurz vor Weihnachten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.